



Aktueller Begriff - Europa

Der Vorsitz im Rat unter der Triopräsidentschaft von Spanien, Belgien und Ungarn

Zusammen mit Belgien und Ungarn bildet Spanien, das am 1. Januar 2010 von Schweden den Vorsitz im Rat für das erste Halbjahr 2010 übernehmen wird, die nächste Triopräsidentschaft in der Europäischen Union. Die drei Länder haben für den Zeitraum bis Juni 2011 ihr gemeinsames Achtzehnmonatsprogramm vorgestellt. Sie heben die Aufgabe, ein einigeres und stärker integriertes Europa zu schaffen, hervor. Das Konzept der Triopräsidentschaft soll eine kontinuierliche Arbeit des Rates, dessen Vorsitz halbjährlich wechselt, gewährleisten.

Eine zentrale Priorität der künftigen drei Vorsitze stellt die **Überarbeitung der Lissabon-Strategie** dar. Auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission für die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 („EU 2020“) soll ein neuer strategischer Rahmen entwickelt werden. Eines der wichtigsten Ziele ist, die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des durch die Krise geschwächten **Wirtschafts- und Finanzsystems** zu bewältigen. Daran knüpft die Forderung an, die Finanzmärkte besser zu regulieren und zu beaufsichtigen. Die Arbeiten an den Gesetzgebungsvorschlägen über den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken und die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sollen rasch abgeschlossen werden. Die Triopräsidentschaft wird sich mit der **Überprüfung des EU-Haushalts** und der Überarbeitung der Finanzregelung beschäftigen. Die Vorarbeiten für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sollen gegen Mitte 2011 eingeleitet werden. In Zusammenarbeit mit der Kommission sollen die Zukunft der Eigenmittel sowie die Ziele der Strategie „EU 2020“ und der gemeinsamen Ausgabenpolitik erörtert werden. Besondere Priorität haben **Beschäftigung und Wachstum**, wobei Schwerpunkte die Förderung von unternehmerischer Initiative, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die Förderung der sozialen Eingliederung, die Gewährleistung

hochqualifizierter Sozialschutzsysteme, die Herbeiführung von Chancengleichheit und die Bekämpfung von Diskriminierung sowie die Intensivierung des sozialen Dialogs darstellen. Die drei Vorsitze drängen darauf, dem sozialen Europa vorrangig Aufmerksamkeit zu widmen, zumal 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen wurde. Berücksichtigt werden sollen die **Europäische Beschäftigungsstrategie** und die **europäische Sozialagenda**, die fester Bestandteil der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 werden soll, sowie künftige Initiativen wie den neuen Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2011 bis 2015), die neue Strategie für behinderte Menschen (2010 bis 2017) und die Halbzeitüberprüfung der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (2007 bis 2012). Die Triopräsidentschaft setzt sich für eine Steigerung der **Wettbewerbsfähigkeit** in der EU ein. Sie drängt auf die Vollendung eines vollständig integrierten **Binnenmarkts** unter Gewährleistung der Grundfreiheiten und betont die Bedeutung der Umsetzung der **Dienstleistungsrichtlinie**. Die diesbezüglichen Aktivitäten sollen in der Vorlage eines zusammenfassenden Berichts durch die Kommission münden. Einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit soll auch die **Ko-**

Nr. 15/09 (17. Dezember 2009)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

häsionspolitik leisten. In diesem Zusammenhang heben die drei Vorsitze die **EU-Strategie für den Donaoraum** hervor. Der Europäische Rat hat die Kommission im Juni 2009 ersucht, vor Ende 2010 eine entsprechende Strategie vorzulegen. Hinsichtlich **Forschung, Entwicklung und Innovation** soll die Analyse der **Halbzeitüberprüfung des Siebten Forschungsrahmenprogramms** im Mittelpunkt stehen, die Beratungen über das künftige Rahmenprogramm vorgebracht werden. Zur Bewertung der Fortschritte im Rahmen des **Bologna-Prozesses** wird am 11. und 12. März 2010 in Budapest und Wien eine Ministertagung stattfinden. Im Bereich **Klimawandel und Sicherheit der Energieversorgung** hat die Durchführung und Überarbeitung des **Klima- und Energiepakets** höchste Priorität. Die EU soll weiterhin eine Führungsrolle bei internationalen Verhandlungen über den **Klimawandel** übernehmen. Die Triopräsidentschaft will für Synergien zwischen der Nach-Lissabon-Strategie und der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung sowie für die Integration der Umwelterwägungen in die Lissabon-Strategie sorgen. Eine Strategie zum Erhalt der **biologischen Vielfalt** ist ebenfalls geplant. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Grünbuch über Wälder. In diesem Zusammenhang stellt auch die **Sicherheit der Energieversorgung** eine Kernfrage dar. Angenommen werden sollen ein neues Instrument für Energieversorgungssicherheit und –infrastruktur sowie ein erneuerter Aktionsplan für den Zeitraum 2010 bis 2014. Die Vorsitze wollen Maßnahmen zur Verbesserung und Förderung erneuerbarer Energiequellen, der Energieeffizienz von Gebäuden, umweltfreundlicher Verkehrsmittel und Erzeugnisse intensiv vorantreiben. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die vollständige und umfassende **Umsetzung des Vertrags von Lissabon** dar.

Quelle:

Rat der Europäischen Union, Vermerk des künftigen spanischen, belgischen und ungarischen Vorsitzes, Entwurf des Achtzehnmonatsprogramms des Rates, Rats-Dok. 16771/09

Im Bereich **Justiz und Inneres** soll sichergestellt werden, dass der im Rat neu einzusetzende Ständige Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit einen effizienten Beitrag leisten wird. Die Triopräsidentschaft drängt auf die Durchführung des **Stockholmer Programms**, ein mehrjähriges Rahmenprogramm in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht. Ein Aktionsplan soll im ersten Halbjahr 2010 angenommen werden. Prioritär sind die Themen Einwanderung, Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen sowie Stärkung und Schutz von Grundrechten. Bei der weiteren Konsolidierung des Rechtsraums soll der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung sowie der Harmonisierung und Konsolidierung der Rechtsvorschriften besondere Aufmerksamkeit gelten.

Im Bereich der **Erweiterung der EU** haben der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** und die Ratifizierung des Beitrittsvertrags Priorität. Die Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** sollen vorgebracht, der Beitrittsantrag **Mazedoniens** weiterverhandelt und die Beitrittsanträge von **Albanien, Island und Montenegro** geprüft werden. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die weitere Umsetzung der **Europäische Nachbarschaftspolitik** dar. Verstärkt werden sollen die Östliche Partnerschaft und die Union für den Mittelmeerraum. Für das erste Halbjahr 2010 ist das sechste Gipfeltreffen mit den Staaten **Lateinamerikas und der Karibik** geplant. Im zweiten Halbjahr 2010 sollen das dritte Gipfeltreffen **EU-Afrika** sowie das Gipfeltreffen mit **Asien** stattfinden. Ebenfalls geplant sind für das erste bzw. zweite Halbjahr 2010 Gipfeltreffen mit **Mexiko** und **Brasilien**.